



CIPRA
LEBEN IN
DEN ALPEN

KOMMUNALPOLITIK IM BAYERISCHEN ALPENRAUM

DOSSIER

ERKENNTNISSE AUS DEM PROJEKT ALPENKONVENTION AAA+
(2016 – 2018)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Alpenschutzkommission

CIPRA Deutschland e. V.

Moosstraße 6

82279 Eching a. Ammersee

+49 8143 - 271 50 11

deutschland@cipra.org

www.cipra.de

ab 1.6.2018 neue Adresse:

c/o Sektion München des DAV

Rindermarkt 3

80331 München

+49 89 - 23 23 98 40

Autor: Uwe Roth (CIPRA Deutschland)

Abbildungen: Uwe Roth (CIPRA Deutschland)

Lektorat: Textstudio Eva Wagner (www.textstudio-wagner.de)

Layoutvorlage: respect design (www.respect-design.de)

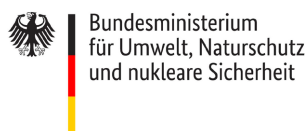
Erscheinungstermin: April 2018

Gender-Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung von weiblichen und männlichen Personenbezeichnungen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsunabhängig.

Diese Publikation wurde CO₂-neutral und größtenteils auf Recycling-Papier gedruckt.

Das Projekt *Alpenkonvention AAA** wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Umwelt
Bundesamt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt allein bei den Autoren.

EINLEITUNG

Beeindruckende Berge, sanfte Hügel, schöne Täler und herrliche Landschaften – so stellen sich viele die bayerischen Alpen und das Voralpenland vor. Die bayerischen Berge mit ihrer biologischen Vielfalt und beeindruckenden Schönheit sind jedoch nicht nur Natur-, sondern auch Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraum von fast 1,5 Millionen Menschen in zehn Landkreisen mit 282 Gemeinden sowie den drei kreisfreien Städten. Der langfristige Schutz und die nachhaltige Entwicklung dieses Lebensraums sind wichtige Ziele, die in der Alpenkonvention – einem internationalen Übereinkommen – niedergeschrieben sind. Unverzichtbare Akteure für die Umsetzung dieses Vertrages sind die kleinen und großen Gemeinden in den bayerischen Alpen.

Im Projekt *Alpenkonvention AAA+* unterstützte die CIPRA Deutschland die Gemeinden bei ihrem Bemühen um eine positive Entwicklung und stärkte ihr Bewusstsein für Nachhaltigkeit. Exemplarisch wurden drei Themen aufgegriffen, die die Programmschwerpunkte aus dem Zeitraum des deutschen Vorsitzes bei der Alpenkonvention (2015/2016) unterstützen. Die Themen stehen gleichsam für die Alpenkonvention und deren Umsetzung:

Die Alpenkonvention dient als wichtige Basis für die Zukunft der Alpen. Sie wurde 1991 von der CIPRA angeregt und von den Alpenstaaten sowie der EU unterzeichnet. Als völkerrechtlich verbindlicher Vertrag formuliert sie Ziele und Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung der Alpen und ihrer Regionen. Ohne konkrete Projekte bleibt die Alpenkonvention allerdings leblos. Deshalb haben wir von der CIPRA Deutschland uns zum Ziel gesetzt, die trockenen Paragraphen der Alpenkonvention zu beleben. Damit die Ideen zur nachhaltigen Entwicklung nicht aus der Luft gegriffen sind, braucht es zunächst eine Diskussion in der Region unter Beteiligung möglichst vieler. Im Projekt *Alpenkonvention AAA+* luden wir Bürgermeister sowie Gemeinde-, Landkreis- und lokale Interessenvertreter ein, mit uns gemeinsam Ideen und Ziele für eine attraktive Heimat zu entwickeln.

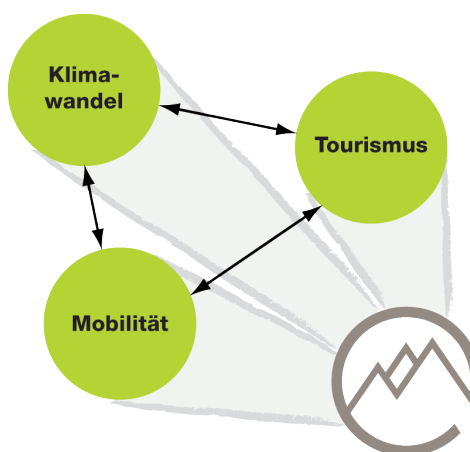


Abb. 1 Themenschwerpunkte des Projekts

Dossier als Datensammlung

Im Rahmen des Projekts wurden viele Daten und Informationen über die Landkreise und Kommunen im bayerischen Alpenraum zusammengetragen. Die Aufgabe des vorliegenden Dossiers besteht darin, diese Daten und Informationen aufzulisten und interessierte Personen an den im Projekt gewonnenen Erkenntnissen teilhaben zu lassen. Über die reine Funktion als Datensammlung hinaus wird die Quintessenz aus den Erkenntnissen und Erfahrungen im Projekt in einem Fazit umrissen und im Kontext mit den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen betrachtet werden.

RATSDATENBANKEN

Um einen Überblick über die Kommunalpolitik im bayerischen Alpenraum zu erhalten, wurden zu Beginn des Projekts einige über das Internet zugängliche Beschlussdatenbanken aus der Region ausgewertet. Diese stellen sogenannte Ratsinformationssysteme (RIS) dar, die in erster Linie den politischen Gremien, also den Kreistagen bzw. Stadträten sowie den Gemeinderäten und deren angeschlossenen Ausschüssen, alle Informationen und Dokumente zur Verfügung stellen, die sie für ihre Arbeit benötigen. Im Sinne der Bürgerinformation werden einige dieser Inhalte auch öffentlich zur Verfügung gestellt. Verfügbarkeit und Zugänglichkeit variieren dabei ebenso stark wie die Fülle an Informationen, von bloßen Terminbekanntgaben über Tagesordnungen bis hin zu detaillierten Protokollen vergangener Sitzungen der Gremien und Ausschüsse.

Mit Hilfe einiger verfügbarer RIS wurden öffentliche Tagesordnungspunkte und Beschlüsse auf thematische Nähe zu den Protokollen der Alpenkonvention durchsucht. Dabei wurden die Sitzungsprotokolle der Kreistage bzw. Stadträte und der Gemeinderäte sowie der jeweiligen Ausschüsse im Zeitraum Mai 2014 bis Mai 2016 ausgewertet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die drei thematischen Schwerpunkte des Projekts gelegt (s. Abb. 1).

Landkreise und kreisfreie Städte

Mit Hilfe der digitalen RIS der zehn Landkreise und drei kreisfreien Städte im Alpenraum entstand eine Datenbank mit über 300 Beschlüssen und Kenntnisnahmen, welche die Bestimmungen der Alpenkonvention in der Regel lediglich implizit tangieren. Auch wurden Wertungen vorgenommen, die zwar auf den Protokollbestimmungen fußen, jedoch einer gewissen Subjektivität nicht entbehren.

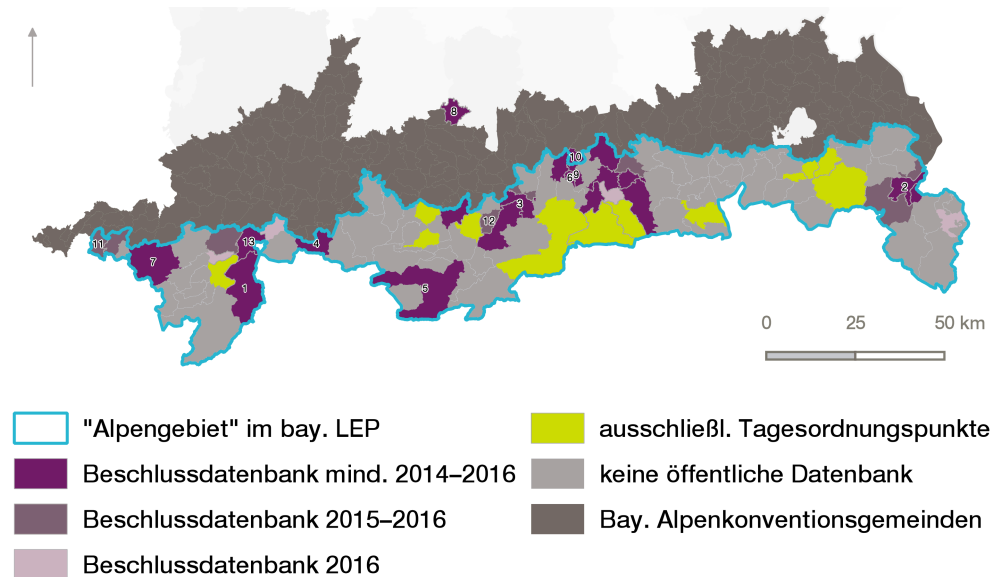
Auch bei der bloßen Datenerhebung gab es Einschränkungen aufgrund der Verfügbarkeit von Datenmaterial:

- Rosenheim (Stadt): (noch) kein öffentliches, digitales RIS
- Garmisch-Partenkirchen: Zeitraum Juni 2014 – Januar 2015 fehlt
- Weilheim-Schongau: Protokolle der Beiräte ÖPNV und Energie fehlen
- Ostallgäu: Protokolle zu den Bürgermeisterbesprechungen fehlen
- Oberallgäu: 2014 fehlt
- Kempten: 2014 fehlt

Kommunen

Analog zur Datenbank auf Landkreisebene wurde eine Datenbank auf kommunaler Ebene angelegt. Alle 285 Gemeinden im Geltungsbereich der Alpenkonvention konnten nicht bearbeitet werden, so musste eine Auswahl von 13 Gemeinden getroffen werden. Der erste Schritt war eine Einschränkung des Gebiets auf die in der bayerischen Raumordnung festgelegten Alpengemeinden. Im zweiten Schritt wurden einige Gemeinden aufgrund des Fehlens eines öffentlich zugänglichen digitalen RIS ausgeschlossen. Schließlich wurde bei der Auswahl aus den Verbleibenden auf eine ausgeglichene räumliche und größenordnerische Verteilung geachtet (Einwohner-Kategorien: <1.500; 1.500–2.500; 2.500–5.000; 5.000–10.000; >10.000).

Auch hier gab es einige Einschränkungen bei der Verfügbarkeit der Daten.



Kartengrundlage: Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung

Abb. 2 Verfügbarkeit von Online-Beschlussdatenbanken im bayerischen Alpenraum

Die Karte zeigt die Verfügbarkeit von öffentlich zugänglichen Beschlüssen in den bayerischen Alpengemeinden (nach dem Landesentwicklungsplan, LEP). Die erste Kategorie bedeutet dabei, dass alle Beschlüsse von Mai 2014 bis Mai 2016 einsehbar waren. Die Abstufungen weisen darauf hin, dass nur die Beschlüsse bis Januar 2015 (inkl. 2016) bzw. Januar 2016 zugänglich sind. Die grüne Färbung zeigt an, dass für diese Gemeinden nur die Überschriften der Tagesordnungspunkte einzusehen waren, nicht jedoch die Sitzungsprotokolle und damit die Inhalte der einzelnen Punkte. Eine graue Einfärbung schließlich bedeutet, dass es zum Zeitpunkt der Erhebung kein öffentlich zugängliches digitales RIS gab. Die Wahl fiel auf die 13 in der Karte gekennzeichneten Gemeinden (1 Bad Hindelang, 2 Bad Reichenhall, 3 Benediktbeuern, 4 Füssen, 5 Garmisch-Partenkirchen, 6 Greiling¹, 7 Oberstaufen, 8 Pähl², 9 Reichersbeuern¹, 10 Sachsenkam¹, 11 Scheidegg, 12 Schlehdorf, 13 Wertach).

1 Greiling, Reichersbeuern und Sachsenkam pflegen im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft Reichersbeuern ein gemeinsames digitales RIS.

2 Mit der Gemeinde Pähl wurde eine Gemeinde gewählt, die sich nicht in dem vom Bayerischen LEP festgelegten Alpengebiet befindet. Diese Gemeinde wurde aufgenommen, um ein ausgewogenes Verhältnis bei der Größe der Gemeinden beizubehalten, und vor allem, um auch eine Gemeinde aus dem Landkreis Weilheim-Schongau in der Datenbank zu repräsentieren. Weilheim-Schongau liegt nämlich in seiner Gesamtheit im Umgriff der Alpenkonvention, jedoch nur mit zwei Gemeinden im Alpengebiet des LEP. Beide Gemeinden haben jedoch keine Ratsdatenbanken.

Rechercheergebnisse Ratsdatenbanken

Die Auswahl der für das Projekt relevanten Beschlüsse orientierte sich an den Protokollen der Alpenkonvention, mit besonderem Augenmerk auf den drei Kernthemen des Projekts. Die Auswertung der Daten zeigt interessante Unterschiede zwischen den beiden Betrachtungsebenen Landkreis und Gemeinde. Das Thema Tourismus ist politisch auf kommunaler Ebene stark vertreten, während es auf Landkreisebene mit Abstand den geringsten Anteil unter den drei hauptsächlich betrachteten Themen einnimmt. Die Kreistage und Stadträte beschäftigen sich dagegen offensichtlich intensiv mit dem Klimaschutz.

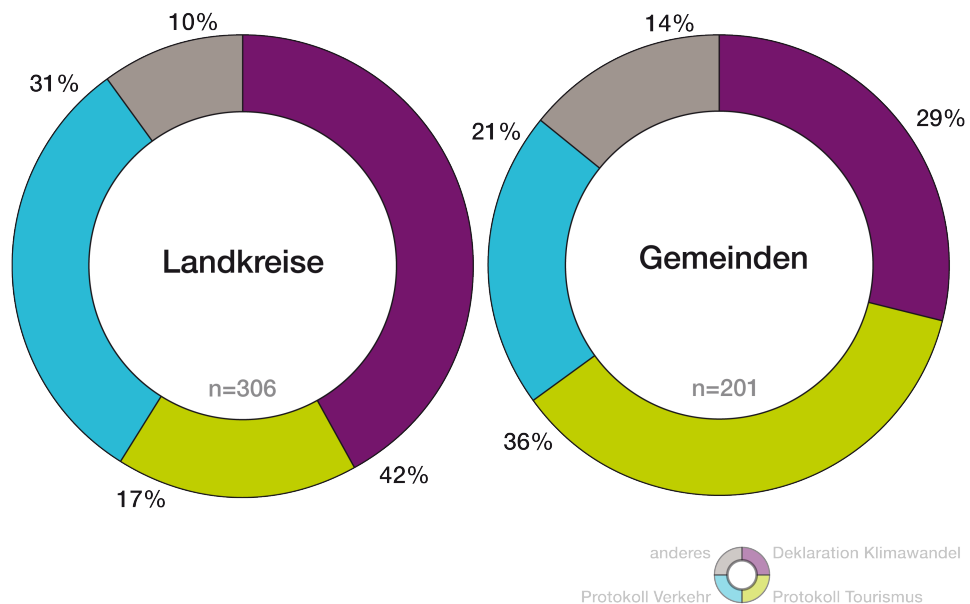


Abb. 3 Thematische Verteilung der ausgewählten Beschlüsse in den Ratsdatenbanken

Bei genauerer Betrachtung der Ergebnisse auf Landkreisebene fällt auf, dass die Einträge vor allem von einem Unterthema aus dem Feld Verkehr dominiert wird: dem öffentlichen Personennahverkehr (67 Einträge). Beim Tourismus beschäftigen die Kreis- und Stadträte vor allem die Tourismusverbände und deren Finanzierung (30 Einträge).

Beim hohen Anteil an Beschlüssen im Bereich des Klimawandels bzw. des Klimaschutzes kristallisierte sich jedoch kein dominantes Thema heraus. Vielmehr zeigte sich eine Vielzahl von relevanten Themen.

Bei der energetischen Gebäudesanierung geht es vor allem um die Schulen und Landratsämter der Landkreise. Daher stellt dieser Posten eine originäre Pflichtaufgabe der Landkreise (Lkr.) dar.

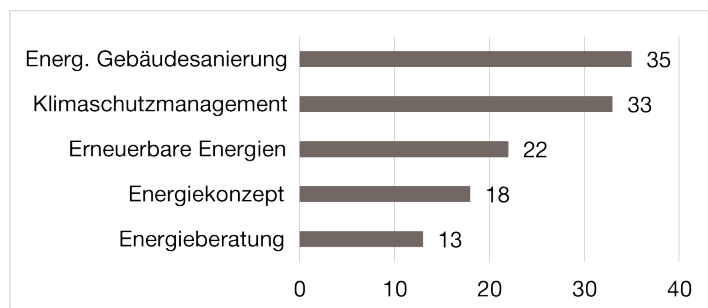
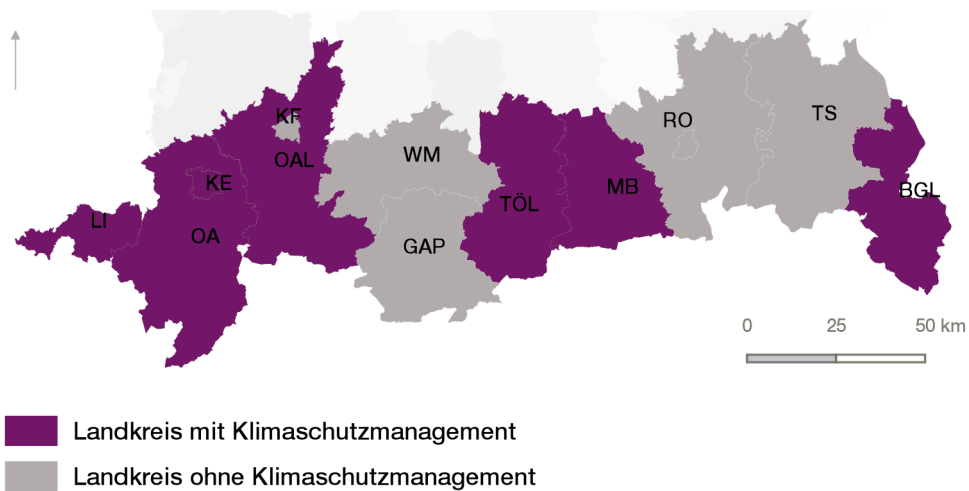


Abb. 4 Wichtigste Unterthemen im Themenkomplex „Klimawandel“ (Lkr.)

Interessanter ist in diesem Bereich das Klimaschutzmanagement. Die Zahl von 33 entsprechenden Diskussionspunkten gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass nur 7 der 13 Landkreise und kreisfreien Städte ein Klimaschutzmanagement haben (s. Abb. 5).



Kartengrundlage: Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung

Abb. 5 Landkreise mit und ohne Klimaschutzmanagement³

Das bedeutet, dass Klimaschutzmanagement in den Landkreisen und Städten, wo es vorhanden ist, auch in den politischen Gremien eine herausragende Rolle einnimmt – zumindest innerhalb der betrachteten Themen (Alpenkonventionsbezug).³

Aus Sicht der Alpenkonvention kann es durchaus auch interessant sein, einen Blick darauf zu werfen, welche Artikel denn genau in den zugewiesenen Protokollen tangiert wurden. Dies spiegelt nämlich bis zu einem gewissen Grad die Relevanz der Protokolle auf der jeweiligen Politikebene wider. Dabei ist jedoch auch anzumerken, dass viele Tagesordnungspunkte keinem bestimmten Artikel zugewiesen werden können, sondern das jeweilige Protokoll im Allgemeinen betreffen. Dazu gehören beispielsweise viele der Beschlüsse rund um die Tourismusverbände (häufigstes Unterthema im Bereich Tourismus; siehe oben). Dies erklärt auch den hohen Anteil an allgemeinen Kategorisierungen in folgender Graphik:

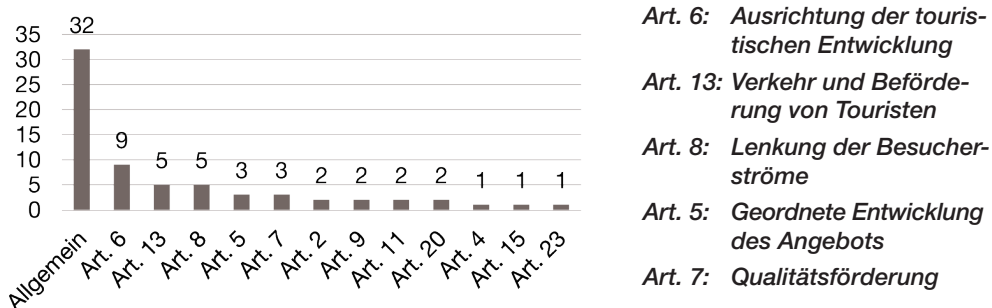


Abb. 6 Zuordnung entsprechender Artikel der Alpenkonvention im Bereich Tourismus auf Landkreisebene

³Im Erhebungszeitraum (2014 – Mai 2016) hatte der Lkr. Garmisch-Partenkirchen noch kein Klimaschutzmanagement. Seit September 2016 ist hier jedoch auch eines aktiv.

Im Themenfeld Tourismus konnten viele der Beschlüsse mehreren Artikeln zugeordnet werden. Die inhaltliche Bestimmung und vor allem die Abgrenzung der Artikel 5 und 6 waren dabei besonders schwierig.

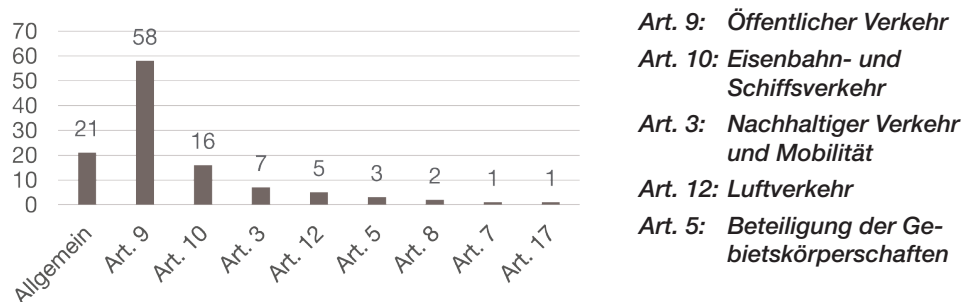


Abb. 7 Zuordnung entsprechender Artikel der Alpenkonvention im Bereich Verkehr auf Landkreisebene

Weiter oben wurde bereits dargelegt, dass der ÖPNV insgesamt die größte Untergruppe stellt und somit selbstverständlich auch das Thema Verkehr dominiert. Dies spiegelt sich auch ganz klar in der Verteilung der Artikel wieder:

Da auch der Schienenverkehr eine Form des öffentlichen Verkehrs ist, wurden den entsprechenden Beschlüssen immer sowohl Artikel 9 als auch Artikel 10 zugeordnet. Entsprechend hoch ist das relative Ergebnis für die Schiene.

Die Deklaration zum Klimawandel der Alpenkonvention enthält keine Artikel, was eine entsprechende Zuordnung unmöglich macht. Allerdings können natürlich entsprechende Artikel im Protokoll Energie gefunden werden. Es sind vor allem Artikel 5 (Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung) und Artikel 6 (Erneuerbare Energieträger), die hier eine Rolle spielen (Art. 5 einzeln: 36; Art. 6 einzeln: 24; Art. 5 u. 6 gemeinsam: 17).

Bei der Zuordnung der Artikel zu den Beschlüssen fiel auf, dass die Alpenkonvention die Elektromobilität noch nicht berücksichtigt. Hier besteht sicherlich Fortschreibungsbedarf. Vorläufig wurde dieses Thema je nach genauem Inhalt entweder Artikel 5 bzw. 6 des Energieprotokolls oder Artikel 3 des Verkehrsprotokolls zugeordnet.

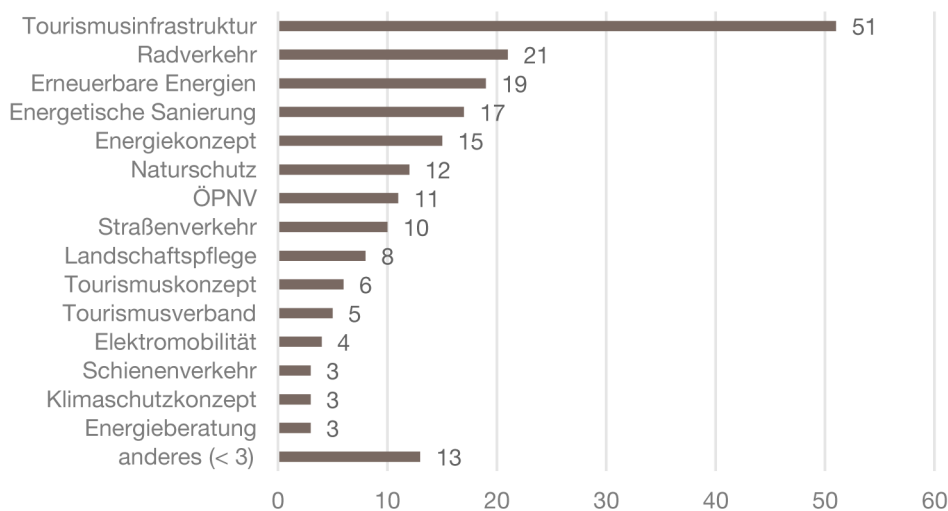


Abb. 8 Wichtigste Unterthemen insgesamt auf Gemeindeebene

Auf kommunaler Ebene ist der Tourismus das meistdiskutierte Thema in den politischen Gremien (s. Abb. 8). Dabei wurde überproportional oft über Tourismusinfrastrukturen gesprochen:

Dabei ging es beispielsweise um Seilbahnen, Beschilderungen, Themen- und Wanderwege, Kurbeiträge oder Langlaufloipen. Die Themen Tourismuskonzept und -verband sind häufig auf die größeren Gemeinden (> 5.000 Einwohner) konzentriert.

Einschränkungen

Ein interessanter inhaltlicher Aspekt, der leider aus Kapazitätsgründen nicht ausgeweitet werden konnte, ist die Ausweisung von Baugrund, vor allem auf kommunaler Ebene. Thematisch wären viele der entsprechenden Beschlüsse sicherlich der Deklaration Klimawandel zuzuordnen gewesen (z. B. Alpenkonvention/Deklaration Klimawandel: „... eine umweltverträgliche Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsplanung und Maßnahmen für eine umweltverträgliche Entwicklung des Straßenverkehrs ...“). Um die einzelnen Maßnahmen adäquat einzuschätzen, hätte es einer genauen Prüfung der Sachverhalte und der entsprechenden Alternativen bedurft. Dies war im Rahmen des Projekts leider nicht möglich. An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass vor allem zur Thematik Flächenfraß einiges im bayerischen Alpenraum passiert (vgl. z. B. BN-Publikation). Dieses Thema verdient sicherlich weitere Aufmerksamkeit, vor allem aufgrund seines hohen Querschnittsbezugs, der es mehr oder weniger relevant für alle Artikel der Alpenkonvention macht: Raumplanung und nachhaltige Entwicklung, (Berg-)Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, (Berg-)Wald, Tourismus, Bodenschutz, Energie, Verkehr.

UMFRAGE

Ein weiteres Rechercheelement war eine Online-Umfrage. Die Zielgruppen waren die Adressaten des Projekts und damit Gemeinde- und lokale Interessenvertreter. Primär sollte die Umfrage diese Akteure nach ihrer Interessenlage, ihrer Einstellung zu Themen der Nachhaltigkeit und generell die Präferenzen bzgl. der Projektveranstaltungen befragen.

Mit 55 Teilnehmern (61, abzüglich 6 nicht zu verwendenden) aus Kommunalpolitik und -verwaltung war die Resonanz sehr gut.

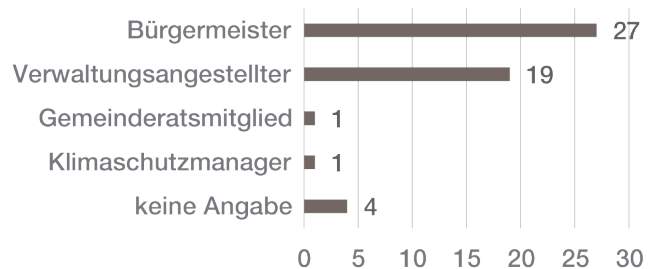
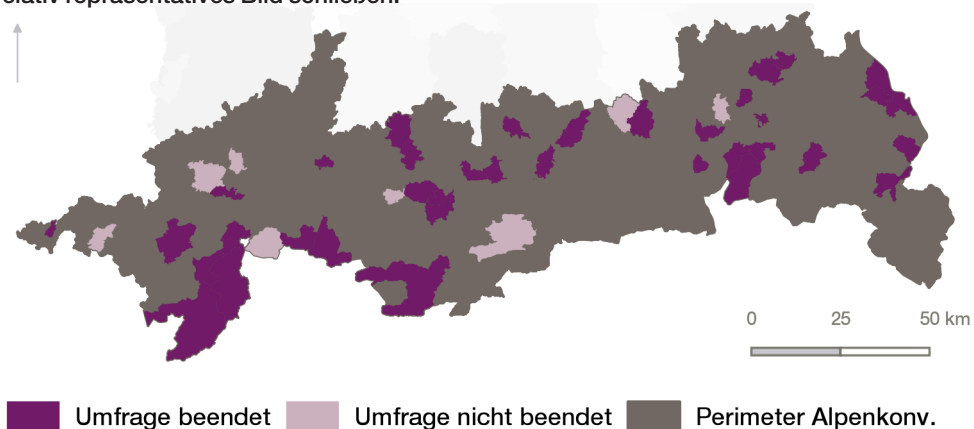


Abb. 9 Angaben zur Funktion (Online-Umfrage)

Aus der Umfrage ließen sich nicht nur interessante organisatorische Details über die Präferenzen der

Zielgruppe (präferierte Themen, Uhrzeiten usw.) herausfinden, sondern auch eine geographische Verteilung der Interessenlagen und der Selbsteinschätzung der Gemeinden herauslesen.

Die Karte (s. Abb. 10) zeigt die 48 Umfrageteilnehmer, die zu Beginn der Umfrage ihre Gemeinde angegeben haben. Unterschieden wird zwischen den Gemeinden, die an der gesamten Umfrage teilgenommen haben, und solchen, die nur Teile davon beantwortet haben. Die einigermaßen ausgeglichene geographische Verteilung dieser Gemeinden lässt auf ein relativ repräsentatives Bild schließen.



Kartengrundlage: Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung

Abb. 10 Teilnehmende Gemeinden der Online-Umfrage

Ergebnisse

Eine der wenigen Pflichtfragen in der Umfrage war, ob die Alpenkonvention bekannt ist. Diese Frage wurde von allen 55 Befragten beantwortet, und davon mit einer großen Mehrheit mit „Ja“ (95%).

In der nächsten Frage wurden diese Teilnehmer gebeten, ihren Wissensstand über die Alpenkonvention einzuschätzen. Nur sehr wenige gingen hier über die Auswahl „Einigermaßen gut“ hinaus. Unter jenen, die sich gutes bis sehr gutes Wissen über die Alpenkonvention zutrauen, ist der Anteil an Bürgermeister*innen groß.



Abb. 11 Ergebnisse der Frage 6 der Online-Umfrage: Kenntnisstand Alpenkonvention



Abb. 12 Ergebnisse der Frage 7 der Online-Umfrage: Wissensstand Alpenkonvention

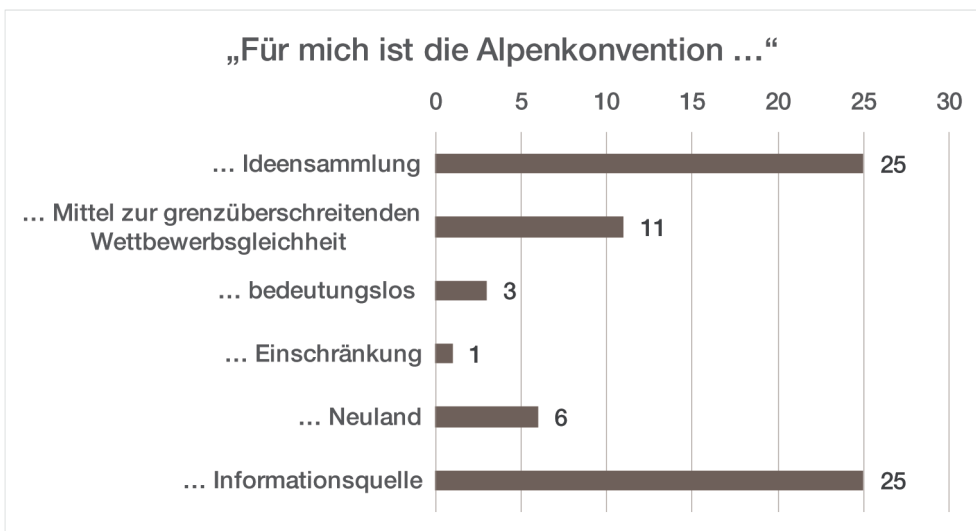


Abb. 13 Ergebnisse der Frage 9 der Online-Umfrage: persönliche Einordnung der Alpenkonvention

Freitext zur Frage 9: „Für mich ist die Alpenkonvention ...“:

- ein anzustrebendes Ideal
- Entwicklung und Stärkung des alpinen Raumes mit Unterstützung der Länder
- Wichtige Lebensbereiche
- Bewahrung von Natur und Heimat
- Vertrag über den umfassenden Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen
- in den Inhalten, die mir bekannt sind, eine Richtlinie

Bei der persönlichen Einordnung der Inhalte kristallisierte sich heraus, dass die Teilnehmer die Alpenkonvention hauptsächlich als Ideensammlung und Informationsquelle sehen (s. Abb 13). Das zeigt zum einen, dass ihr keine hohe Verbindlichkeit zugemessen wird. Zum anderen zeigt es aber auch, dass negative oder gleichgültige Einstellungen kaum vorherrschen. Im Freitext konkretisierten einige der Teilnehmer ihre Einstellung (s. Box oben).

Auch wenn die Einstellung gegenüber der Alpenkonvention eher positiv ist (Informationsquelle, Ideengeber), möch-

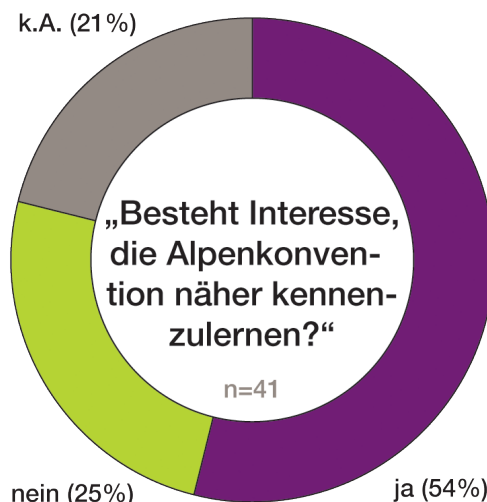


Abb. 14 Ergebnisse der Frage 10 der Online-Umfrage: weiterführendes Interesse an der Alpenkonvention

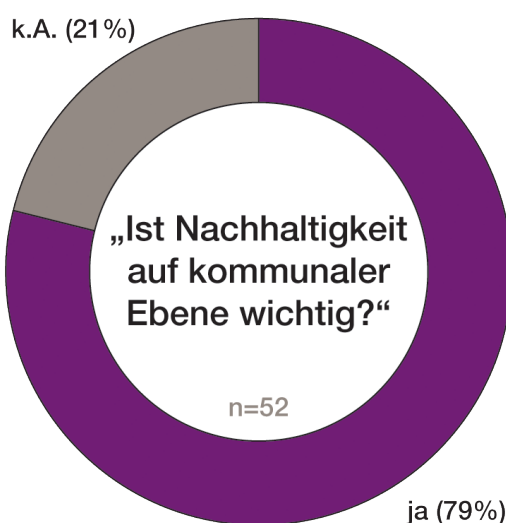


Abb. 15 Ergebnisse der Frage 11 der Online-Umfrage: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

ten nur knapp über die Hälfte der Befragten ihr geringes Wissen (s. Abb. 12) über die Konvention ausweiten.

Beim Thema Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene sind sich die Akteure allerdings einig. Die Mehrheit hält sie für wichtig, und kein einziger Teilnehmer beantwortete diese Frage mit „Nein“. Hier muss natürlich eine gewisse statistische Verzerrung berücksichtigt werden, da es sich um eine Umfrage der CIPRA handelt. Nichtsdestotrotz wirft diese Aussage auch nochmals ein interessantes Licht auf die Einordnungen der Alpenkonvention (s. Abb. 13).

Entsprechend der großen Zustimmung zu Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene wurde die Freitextfunktion ausgiebig genutzt. Dabei entstand ein interessantes Bild über das Verständnis und die alltägliche Anwendung des Begriffs „Nachhaltigkeit“.

Freitext zu Frage 13: „Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit in Ihrem Arbeitsalltag?“:

- Landschaft ist das wichtigste Kapital, darum muss es geschützt werden.
- In Bezug auf Baumaßnahmen, Landschaftspflege, Grundversorgung usw.
- Implementierung kommunales Nachhaltigkeitsmanagement
- Förderung eines sanften, nachhaltigen Tourismus.
- Ortsplanung, Verkehrskonzept, Baulandausweisung
- Bearbeitung von Themen in den Bereichen Klimaschutz und -anpassung, nachhaltige Mobilität, Umwelt- und Energiemanagement, Energiewende, Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Ich bin touristisch in Murnau a. Staffelsee tätig. Hier spielt vor allem eine intakte Natur eine große Rolle
- Zur Zeit Umsetzung eines neu erarbeiteten Fahrradverkehrskonzeptes; nachhaltige Energieerzeugung durch die Gemeindewerke
- u. a. bei Erstellung von Strategien und Konzepten
- Sonthofen ist Mitglied im Verein Alpenstadt des Jahres. Damit hat es sich zu Nachhaltigkeit verpflichtet. Die Alpenkonvention findet sich im Leitbild der Stadt wieder, bei jedem Stadtratsbeschluss wird geprüft, ob der Beschluss im Einklang mit dem Leitbild steht. Die Stadt verfolgt viele nachhaltige Projekte, deshalb ist das Thema ständig präsent.
- Betrifft sämtliche Lebensbereiche/Lebensbedürfnisse unserer Bevölkerung und unserer touristischen Gäste in der gesamten Region Chiemgau
- nachhaltiges Beschaffungswesen, Umsetzung Klimaschutzkonzept ...
- in vielerlei Beziehung... Flächenverbrauch reduzieren, Steigerung Energieeffizienz, regenerative Energieerzeugung, interkommunale Zusammenarbeit zur kostengünstigen und ressourcenschonenden Erfüllung kommunaler Aufgaben (z. B. Abwasserreinigung mit Salzburg) sind nur wenige Beispiele aus unserer Gemeinde.
- Basis langfristigen Denkens, Lebens, Erhaltens
- Der Landkreis Miesbach, zu dem die Gemeinde Holzkirchen gehört, ist Ökomodellregion
- Energieeinsparung, ÖPNV, erneuerbare Energien
- Gemeindeentwicklung muss nachhaltig erfolgen
- Landwirtschaft, Energie, Ernährung, Artenvielfalt, Verkehr u. a.
- Tätigkeit im Bereich Klimaschutz, Energieeffizienz, erneuerbare Energien
- Beschaffung, Auswahl von Maßnahmen
- In etlichen Themenkomplexen (z. B. Verkehr) entscheiden die Verwaltung und der Gemeinderat unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit.
- Sparsamer Umgang mit Fläche, Entwicklung zur Fair-Trade-Gemeinde, EEA-Gemeinde mit sehr aktivem Energieteam
- Auswirkungen der gegenwärtigen Entscheidungen auf künftige Generationen. Darstellung von zielführenden Möglichkeiten nachhaltigen Verhaltens
- Bei Beschaffung, Auftragsvergabe
- Das Bedauern, dass viel zu wenig nachhaltig gearbeitet wird, weil der „Zug der Zeit“ in die falsche Richtung geht.
- bei allen Entscheidungen
- Nachhaltiger Umgang mit Wasser und Energie; EEA-Gemeinde seit 2006; Bewirtschaftung unserer Wälder; Erhalt unserer Kulturlandschaft mit der vorhandenen Artenvielfalt
- Sämtliche Projekte werden auf Nachhaltigkeit geprüft
- Eine Veränderung ist nur von unten zu schaffen. Begeisterung, die ansteckt, ist besser als übergestülpte Konzepte, Gesetze

Die hier gesammelten Aussagen zeigen, dass eine Konzentration auf einzelne Nachhaltigkeitsthemen nicht die Regel zu sein scheint. Viele kommunale Akteure versuchen sich an einer ganzheitlichen Sichtweise und kombinieren Themen, was für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsimpulse von wichtigster Bedeutung ist.

„Welche dieser Themen erachten Sie in Ihrer Gemeinde als besonders relevant?“

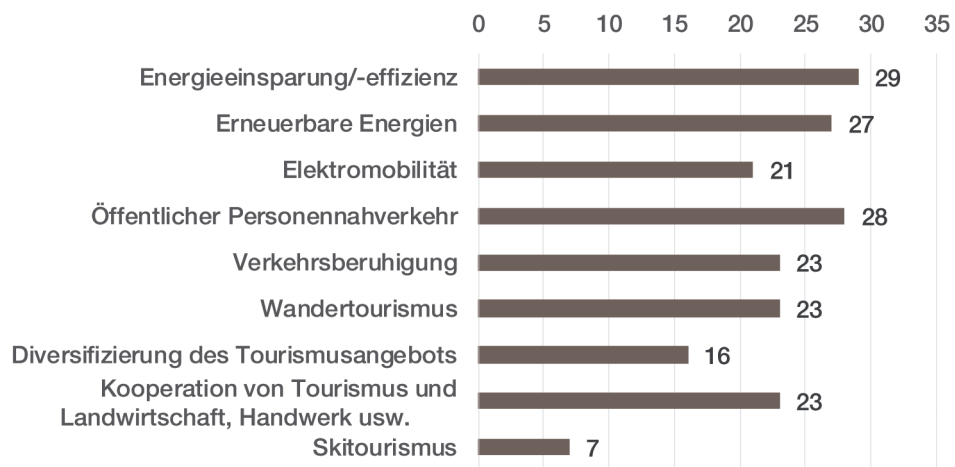


Abb. 16 Ergebnisse der Frage 14 der Online-Umfrage: thematische Relevanz der Nachhaltigkeit

Bei der Frage, welche Themen von besonderer Bedeutung für die Gemeinden sind (Mehrfachnennungen möglich), wurden interessanterweise vor allem Themen als relevant eingestuft, die klassischerweise im Aufgabenbereich eines Klimaschutzmanagers liegen (Energieeinsparung/-effizienz, Erneuerbare Energien, Öffentlicher Nahverkehr). Schlusslicht insgesamt war der Skitourismus. Dazu ist jedoch anzumerken, dass viele Gemeinden teilgenommen haben, die kein Skigebiet haben (s. Abb. 10).

ALPENGESPRÄCHE

Am 4. Juni 2016 startete das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die Veranstaltungsreihe „Alpengespräche“. Drei Veranstaltungen in den Alpenregionen (Inzell, Kempten und Benediktbeuern) sollten der Staatsregierung Inputs von Akteuren vor Ort für ihre am 27.06.2017 beschlossene Alpenstrategie⁴ liefern.

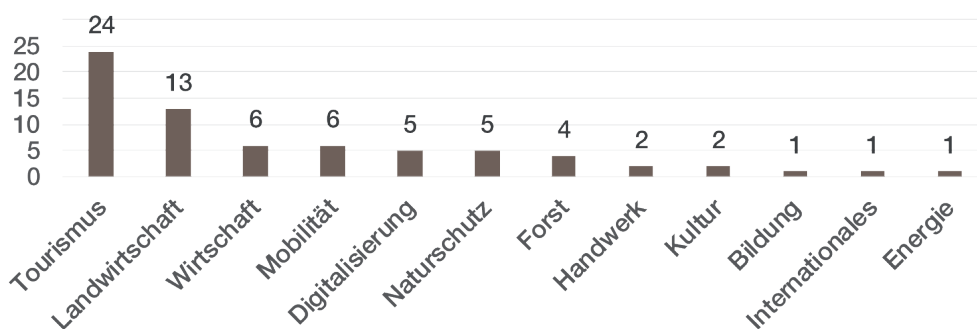


Abb. 17 Thematische Zuordnung der Themen bei den Alpengesprächen

Bei den Veranstaltungen kamen viele lokale Akteure und kommunale Entscheider zu Wort und äußerten ihre Anliegen gegenüber der Staatsregierung. Die Wortmeldungen wurden erfasst, kategorisiert und in eine entsprechende Datenbank eingespeist.⁵ So entstand eine Datenbank mit insgesamt 70 Wortmeldungen.

Ergebnisse

Insgesamt dominierten Wortmeldungen, die sich mehr oder weniger dem Themenkomplex Tourismus (34 %) zuordnen lassen. Auch Landwirtschaft spielte eine wichtige Rolle (19 %).

Dies sind also die beiden Themenbereiche, bei denen sich die lokalen und regionalen Akteure etwas von der bayerischen Staatsregierung erhoffen oder erwarten.

⁴ Bayerische Staatsregierung (2017): Bayerische Alpenstrategie www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Themen/Wirtschaft/Dokumente_und_Cover/2017-07-07_Themenblatt_-_Bayerische_Alpenstrategie.pdf, abgerufen am 28.03.2018
Siehe auch: <http://www.cipra.org/de/news/bayerische-alpenstrategie-vor-allem-erschliessungsprogramm>, abgerufen am 28.03.2018

⁵ Aufgrund fehlender Einladung konnte die erste Veranstaltung in Inzell nicht besucht werden. Hier wurde auf das vom Staatsministerium veröffentlichte Themenblatt der Staatsregierung zurückgegriffen. Der Vergleich der persönlichen Protokolle der anderen beiden (besuchten) Veranstaltungen mit den entsprechenden Themenblättern des Ministeriums zeigte jedoch, dass nur ausgewählte Themen Einzug in die Veröffentlichung des StMWi gefunden haben.

Das gezeichnete Bild lässt sich regional differenzieren. In Südostbayern (Inzell) und im Allgäu (Kempten) war der Tourismus das Hauptthema, gefolgt von der Landwirtschaft. In Kempten war Tourismus sogar so dominant, dass es alle anderen Themen (auch Landwirtschaft) völlig in den Schatten stellte.

Im Oberland (Benediktbeuern) hatten vor allem Agrar- und Wirtschaftsvertreter die größte Lobby. Das Thema Tourismus rutscht hier sogar ins Mittelfeld ab. Dies könnten bereits erste Anzeichen einer touristischen Übersättigung der Region sein (vor allem aufgrund der Tages-touristen). Das weitere rasante Wachstum der alpennahen Städte und Metropolen, bei gleichzeitigen Mobilitätssteigerungen der Bevölkerung, macht eine solche Entwicklung auch für die anderen beiden Regionen über kurz oder lang absehbar.

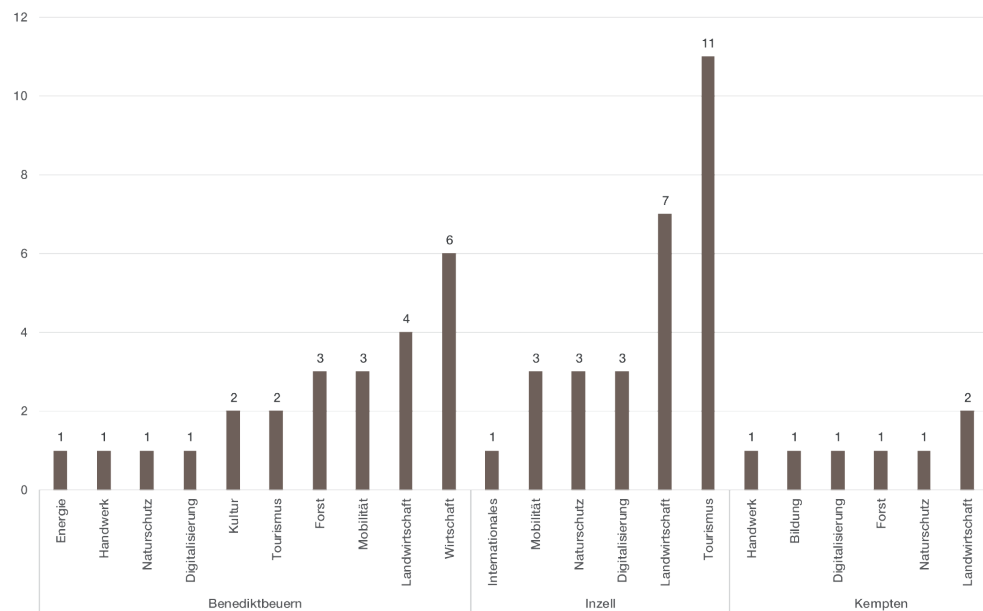


Abb. 18 Themen der Alpengespräche, aufgeteilt nach Veranstaltungsort/Region

PROJEKTWORKSHOPS UND GESPRÄCHE VOR ORT

Von April bis Juni 2017 fanden im Rahmen des Projekts drei Veranstaltungen im bayerischen Alpenraum statt. Insgesamt über 120 Akteure der Kommunalentwicklung aus den Rathäusern, Landratsämtern und Interessenverbänden informierten sich über Themen der Nachhaltigkeit sowie über die Alpenkonvention als Leitfaden für eine zukunftsfähige Entwicklung ihrer Region. Bei diesen Veranstaltungen gab es verschiedene Inputs, und die kommunalen Akteure kamen zu Wort. Die gewonnenen Erkenntnisse können als qualitative Ergänzung zu den in diesem Dossier aufgeführten Datensammlungen gesehen werden.

Mobilität in Aschau (Südostbayern)

Wie muss ein öffentliches Verkehrssystem entwickelt sein, damit Bürger vom privaten Pkw auf Bus und Bahn umsteigen? Welche Anreize sollte man einem Urlaubsgast bieten, damit er Urlaub vom eigenen Auto macht und seine Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gestaltet? Kann bei beiden Ansätzen Carsharing mit E-Mobilen eine Lösung sein? Diesen Fragen gingen rund 50 Teilnehmer beim ersten Workshop nach.

Öffentliche Verkehrsmittel müssen vier Grundprinzipien folgen: Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit mit guter Taktfrequenz sind ein Grundprinzip der Kundenbindung. Zweitens: das Gebührensysteem muss klar und einheitlich sein. Drittens sollte das Liniensystem geradlinig ohne große Schleifen und Umwege sein. Und viertens muss das gesamte System auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten sein. Michael Stabodin, Geschäftsführer von *LAND-BUS Unterland* in Vorarlberg, stellte den unter diesen Maßgaben entwickelten ÖPNV in Dornbirn vor, in den 24 Gemeinden eingebunden sind.

Die Auslastung des öffentlichen Verkehrs konnte die Marktgemeinde Bad Hindelang innerhalb von zwei Jahren verdoppeln. Kern des Projektes, erklärte Max Hillmeier (Tourismusdirektor in Hindelang), sei die Bonusgästekarte *Bad Hindelang PLUS*. Mit dieser Karte erhält der Gast freien Eintritt in Bäder und andere Freizeiteinrichtungen, aber auch zu den Skiliften der nahen Skigebiete. Kern der Karte ist allerdings freie Fahrt mit dem öffentlichen Verkehr im 40-km-Radius um Bad Hindelang. Neben der verbesserten Auslastung des ÖPNV konnte so die Gästezufriedenheit gesteigert werden.

Dr. Christoph Ebert, Geschäftsführer des *Kompetenzzentrums Elektromobilität Garmisch-Partenkirchen*, legte dar, dass keine Kommune E-Carsharing alleine schaffen kann. Der Schlüssel zum Erfolg sei es, wenn es gelingt, die Wandlung von öffentlichem Verkehr in öffentliche Mobilität zu gestalten. Dieser Wandel kann durch Carsharing erreicht werden, da die E-Mobilität ein effektives Bindeglied zwischen öffentlichem Verkehr und der sogenannten „letzten Meile“ darstellen kann. Voraussetzung ist die Möglichkeit einer dezentralen Reservierung und automatisierten Rückgabeoptionen für die Leihfahrzeuge.

In der darauffolgenden Diskussion wurde klar, dass im Chiemgau vieles schon initiiert wurde und es bereits eine ganze Reihe an unterschiedlichen Bausteinen für ein effektives Mobilitätskonzept gibt. Es fehlen jedoch noch die Vernetzung dieser Elemente, eine klare Struktur für Betreiber wie auch Nutzer des ÖPNV sowie ein „Kümmerer“, der die Ideen der Gemeinden bündelt und konsequent verfolgt. Die Gemeinden müssen im Verbund gemeinsam tätig

werden und ihre Bedürfnisse und Wünsche an ein Mobilitätskonzept für Bürger wie auch Gäste – mit den Bausteinen „Bus, Bahn, E-Mobil und Carsharing“ – formulieren, um sie dann auf der Ebene von einem, oder besser mehreren Landkreisen umzusetzen.

Tourismus in Sonthofen (Allgäu)

Rund 30 Teilnehmer widmeten sich beim zweiten Workshop in Sonthofen dem Querschnittsthema Tourismus. Dass veränderte Rahmenbedingungen neue Strategien erfordern, war unter den Anwesenden Konsens. In intensiven Diskussionen und den Impulsvorträgen zeigte sich, dass sanfte Mobilität, regionale Lebensmittel sowie Umweltschutz gute Anpassungsstrategien sein können. Die Vernetzungen des Tourismus mit anderen regionalen Wirtschaftsfeldern wie dem Handwerk sind hierbei nötig, um eine ausreichende Widerstandsfähigkeit gegenüber ökonomischen wie ökologischen Schwankungen zu erreichen.

Neben positiven Umwelteffekten sind es vor allem wirtschaftliche Vorteile, die Gemeinden dazu bewegen, ihre touristische Ausrichtung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu orientieren. Diese Erfahrung machte Eva Grabenweger vom Netzwerk *Alpine Pearls*, in dem alpenweit 24 Gemeinden zusammengeschlossen sind. Das Hauptaugenmerk dieser Gemeinden liegt auf der sanften Mobilität. Dem Gast soll es ermöglicht werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen und dennoch vor Ort ohne Abstriche mobil zu sein. Im Gegenteil: durch das Motto „Vorteile statt Verbote“ erwartet den Gast ein breites Angebot, das sich gleichzeitig auch positiv für die einheimische Bevölkerung und die regionale Wirtschaft auswirkt.

Auch Andreas Eggensberger, Geschäftsführer des *Biohotels Eggensberger* in Hopfen am See, setzt ganz auf positive Anreize für seine Gäste, sich in ihrem Urlaub auf die sanfte Mobilität einzulassen. Dazu stellt er einen Shuttleservice vom nächsten Bahnhof sowie zahlreiche Elektromobile vor Ort zur Verfügung. Aber auch biologisch erzeugte, regionale Lebensmittel und erneuerbare Energien (Photovoltaik, energetische Abfallverwertung) machen das Biohotel in vielerlei Hinsicht zu einem Vorreiter.

Ein Thema, das nur auf den zweiten Blick mit Tourismus zu tun hat, stellte abschließend Heidrun Bichler-Ripfel, Leiterin des *Instituts für angewandte Gewerbeforschung der Wirtschaftskammer Österreich*, vor. In einer Studie untersuchte sie die Zukunftschancen des traditionellen Handwerks in Österreich. Danach ist „das traditionelle Handwerk mehr als Produkt und Dienstleistung“. Denn gerade nachhaltiger Tourismus baut auf gelebte Handwerksstrukturen auf, die nötig sind, um den Tourismus einerseits zu unterstützen und zu ergänzen sowie andererseits Arbeitsplätze und Lebensqualität für die ansässige Bevölkerung zu liefern.

In der anschließenden Diskussion wurde dem Thema „sanfte Mobilität im Allgäu“ viel Raum gegeben. Verschiedene Gästekarten mit Mobilitätsangeboten (*KönigsCard*, *Allgäu-Walsler-Card*) werden von den Gästen sehr gerne angenommen (s. Kapitel „Mobilität in Aschau“, S. 15 f.), stoßen jedoch aufgrund von politischen und technischen Fragen an ihre Grenzen. Hier braucht es Unterstützung von Kommunen, Netzwerken oder Tourismusverbänden. Auch im Handwerk ist Vernetzung ein goldener Weg. Der *Werkraum Bregenzerwald* in Vorarlberg wurde als vorbildliches Beispiel genannt.

Schließlich stimmten alle Anwesenden zu, dass eine Gemeinde die vielen Schritte hin zu einem nachhaltigen Tourismus nicht alleine gehen muss. Von- und miteinander zu lernen ist

eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die Alpenkonvention kristallisierte sich als Dach heraus, unter dem diese Kooperationen entstehen können.

Klimaschutz in Murnau am Staffelsee (Oberland)

In Murnau am Staffelsee kamen zum dritten Workshop knapp 40 Teilnehmer, um über lokalen Klimaschutz zu diskutieren. Die Impulsvorträge führten die Notwendigkeit dieses Themas nochmals vor Augen und zeigten entsprechende niedrighschwellige Handlungsoptionen für Kommunen auf. Die anschließende Diskussion vertiefte diese Themen und zeigte ein deutliches Bekenntnis zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene, aber eben auch die Auswirkungen fehlender Unterstützung durch die übergeordneten Politikebenen.

Unzählige anerkannte Studien dokumentieren das Voranschreiten des Klimawandels weltweit. Die meisten darin beschriebenen Phänomene scheinen weit weg und sind es meist auch. Prof. Harald Kunstmann vom Klimaforschungsinstitut *KIT-Campus Alpin* zeigte mit aktuellsten, hochaufgelösten Modellrechnungen die Auswirkungen auf die Region. Dabei bestätigte er, was viele bereits ahnten: die Temperatur- und Niederschlagszuwächse sind in den Bergen nochmals höher als in niedrigeren Höhenlagen. Heute als ungewöhnlich heiß wahrgenommene Sommer werden beispielsweise in Zukunft der Normalfall sein. Die bloßen Lippenbekenntnisse von Bundes- und Staatsregierung sind keine angemessene Reaktion. Es ist an den Kommunen, Maßnahmen zu ergreifen.

Auch die Gründung der Bürgerstiftung *Energiewende Oberland* (EWO) beruht auf der Erkenntnis, dass die Energiewende nur durch aktives Handeln vor Ort ein Erfolg werden kann. Der Geschäftsführer Stefan Drexelmeier zeigte viele verschiedene Handlungsoptionen zur Steigerung der Energieeffizienz auf. Er rief die Teilnehmer dazu auf, aktiv zu werden und sich bei Bedarf auch an die EWO zu wenden. Schließlich haben sich die Stiftergemeinden und -landkreise das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass sich das Oberland bis zum Jahr 2035 vollständig aus erneuerbaren Energien versorgt.

Abschließend stellte Cornelia Siuda noch eine weitere Maßnahme zum Klimaschutz vor, die einem bei diesem Thema vielleicht nicht unmittelbar in den Sinn kommt. Sie ist Managerin im *Klimaschutzprogramm Bayern 2050* an der Regierung von Oberbayern und setzt sich für die Renaturierung der bayerischen Moore ein. Denn ein naturnahes Moor bindet große Mengen CO₂ und andere Treibhausgase, die sonst in die Atmosphäre gelangen würden. Diese Maßnahmen sind dabei nicht nur äußerst effektiv und kostengünstiger im Vergleich zu anderen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen, sondern dienen auch noch dem Naturschutz. Aus diesem Grund stellt die Staatsregierung für diesen Teilbereich des *Klimaschutzprogramms Bayern 2050* umfangreiche Finanzmittel zur Verfügung, von denen auch Kommunen profitieren können.

Die anschließende Diskussion zeigte deutlich, dass die Akteure der Kommunalentwicklung den Handlungsbedarf deutlich vor Augen haben, in ihren Handlungsoptionen jedoch eingeschränkt sind. Hier müssten deutliche Bekenntnisse der Bundes- und Staatsregierung zu den von ihnen eingegangenen (Selbst-)Verpflichtungen folgen. Mit entsprechender finanzieller Unterstützung müsste Klimaschutz vom Kür- zum Pflichtprogramm für Kommunen erhoben werden, ähnlich wie es beispielsweise auch beim Thema Barrierefreiheit klappte. Auch haben Kommunen ein Kapazitätsproblem in den Verwaltungen, das durch die längerfristige Förderung von entsprechenden Stellen (Klimaschutzmanager) gelöst werden muss.

Aber auch auf lokaler bzw. regionaler Ebene besteht Handlungsbedarf. Hier muss das Kirch- turmdenken unbedingt überwunden und mehr in Netzwerken gedacht werden. Dass dies vor allem in den Bereichen Energie und Klimaschutz funktionieren kann, zeigen beispiels- weise die Erfolge der EWO.

Handwerk als Handlungsoption Grünen Wirtschaftens

Bei der Tourismusveranstaltung in Sonthofen ist, inspiriert durch den Vortrag von Heidrun Bichler-Ripfel und ihren Verweis auf den *Werkraum Bregenzerwald* in Vorarlberg, die Idee eines „Haus des Allgäuer Handwerks“ aufgekomen. Der *Werkraum* ist eine 1999 gegrün- dete Kooperative mit mittlerweile über 90 regionalen Handwerksbetrieben aus über 30 un- terschiedlichen Branchen. Ende 2016 wurde er in das internationale UNESCO-Register gu- ter Praxisbeispiele für die Erhaltung und Weiterentwicklung des immateriellen Kulturerbes aufgenommen.

Bezugnehmend auf die Inhalte der Alpenkonvention, in der explizit auch die Zusammenhän- ge von Handwerk und Tourismus thematisiert werden, wurde die o. g. Idee erneut aufgegrif- fen und im Kontext einer nachhaltigen (Wirtschafts-)Entwicklung des Allgäus mit den ent- sprechenden lokalen Akteuren diskutiert.

Die Teilnehmer waren eingeladen, neben dem *Werkraum Bregenzerwald* (inkl. der *Werk- raumschule*) auch den Käsekeller der *KäseStrasse Bregenzerwald* sowie – bei einem *bau- kulturellen Umgang*-Spaziergang mit der *Bregenzerwald Tourismus GmbH* – auch einen Handwerksbetrieb kennenzulernen. Dabei bestand die Möglichkeit, mit den Verantwortli- chen vor Ort über die Vor- und Nachteile sowie über die Hindernisse und Hilfen bei der Initi- ation eines solchen Hauses bzw. vernetzter Projekte im Umfeld zu sprechen.

Die Exkursion verdeutlichte die hohe Bedeutung eines Netzwerks für erfolgreiche Initiativen auf kommunaler Ebene. Dem Beispiel des *Werkraum Bregenzerwald* folgend, sollten Akteu- re darauf achten, dass solch ein Netzwerk ein Geben und Nehmen ist und nicht zur Einbahn- straße für die Partner wird.

Trotz hoher Ansprüche an ein funktionierendes Netzwerk dürfen die Akteure nicht zögern, sondern sollten nach (fundierten) Vorüberlegungen in kleinen Schritten anfangen und „ein- fach machen“. Auch wenn das Netzwerk steht und gut zusammenarbeitet, braucht ein gro- ßes Projekt – wie der *Werkraum* – Zeit und langen Atem. Im Prozess darf man nicht das Ziel aus den Augen verlieren, sondern muss problemorientiert arbeiten und in kleinen Schritten vorwärtsgehen. Dabei müssen nicht unbedingt alle potenziellen Partner mitmachen. Es reicht auch ein kleiner Kreis. Denn entscheidend ist vor allem die Motivation der Beteiligten, damit der Funke überspringt.

Natürlich muss man sich auf die örtlichen Gegebenheiten und Traditionen einlassen und darf nicht versuchen, anderes zu kopieren. Es muss unbedingt etwas „Eigenes“ geschaffen werden, um entsprechende Authentizität zu wahren. So etwas „Eigenes“ konnten sich die Teilnehmenden der Exkursion auch sehr gut für das Allgäu vorstellen. Auch die nächsten Schritte dazu wird die CIPRA Deutschland begleiten.

Ergebnisse

Die Veranstaltungen und vor allem die abschließenden Diskussionsrunden haben gezeigt, dass ein reges Interesse an nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention in den bayerischen Alpenkommunen herrscht. Allerdings haben sie auch gezeigt, dass die konkrete Umsetzung oft am kommunalpolitischen Alltag scheitert. Den Kommunen fehlt häufig die Kapazität, Projekte anzustoßen. Sie versuchen daher, entsprechende Impulse in den bestehenden Aktivitäten zu berücksichtigen (z. B. Klimaschutz bei Schulsanierungen).

Um darüber hinaus integrative Entwicklungsimpulse im Sinne der Alpenkonvention zu generieren, braucht es einen „Kümmerer“. Diese Rolle kann einen entsprechenden Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung oder auf übergeordneter politischer Ebene, also dem Landkreis, übernehmen. Natürlich können auch andere kommunale Zusammenschlüsse außerhalb der Kreisverwaltungen diese Rolle übernehmen (z. B. EWO), allerdings ist es wichtig, dass eine Person „den Hut aufhat“ und alle Aktivitäten sinnvoll koordiniert.

Ein gutes Beispiel für einen solchen „Kümmerer“ ist der Klimaschutzmanager, der in den meisten Fällen ein sehr breites Spektrum, auch über klassischen Klimaschutz hinaus (z. B. Mobilität und Tourismus), bearbeitet. Kaum eine Kommune kann und möchte sich eine solche Stelle allerdings leisten. Der Staat fördert diese zwar, allerdings nur auf drei Jahre beschränkt. Die meisten Gemeinden möchten sich unter diesen Umständen nicht auf das Experiment einlassen, da sie sich nach den drei Jahren mit einer Stelle konfrontiert sehen, die in vielen Fällen für sie nicht weiter finanzierbar ist.

FAZIT

Der Keim für eine nachhaltige Entwicklung in den bayerischen Alpenkommunen ist bereits gelegt. Im Projekt Alpenkonvention AAA+ kristallisierte sich schnell ein allgemeines Interesse der Kommunalpolitik an den im Projekt angesprochenen Themen heraus, über alle (partei)politischen Unterschiede hinaus. Dass der Gedanke der Nachhaltigkeit in diesem Raum tatsächlich lokal stark verankert ist, zeigt sich beispielsweise auch an der relativ großen Zahl von lokalen Agenda-21-Gruppen im bayerischen Alpenraum (in 101 von 285 Gemeinden). Nach dem Milleniumwechsel entstanden, spielen diese Gruppen allerdings kaum noch eine Rolle in der Kommunalentwicklung. Dennoch lässt sich daraus die weitverbreitete Bereitschaft ableiten, sich im bayerischen Alpenraum mit nachhaltiger Entwicklung auseinanderzusetzen. Vor allem in Bezug auf die Kommunalpolitik kann die Alpenkonvention in diesem Raum eine wertvolle Leitlinie sein. Allerdings müssen für eine solche Entwicklung die Rahmenbedingungen stimmen.

Der hohe Wert eines „Kümmerers“ kam nicht nur in den Diskussionen der Workshops zur Sprache, sondern ließ sich auch in der Initialrecherche und der Umfrage festmachen. Dort, wo ein Klimaschutzmanagement eingerichtet wurde, spielte es stets auch eine sehr wichtige Rolle und steigerte die Beschäftigung mit den mit der Alpenkonvention in Verbindung stehenden Themen der entsprechenden politischen Gremien beträchtlich (siehe vor allem Landkreisebene). Hier zeigte sich auch, dass ein solches Klimaschutzmanagement in der Regel auch vielfältige weitere Aufgaben übernimmt. Dazu gehören vor allem die Themen Tourismus und Mobilität.

Wie sich in den Workshops zeigte, ist ein solcher „Kümmerer“ auf kommunaler Ebene in der Regel schwer finanzierbar. In den Landratsämtern hingegen ist eine entsprechende Stelle meist schon Realität. Freilich kann diese die fehlenden kommunalen Stellen nicht kompensieren, aber sie kann Kooperation auf kommunaler Ebene fördern – und dies nicht nur im Klimaschutz, sondern in allen Bereichen der Nachhaltigkeit. Kooperation und Koordination auf einer übergeordneten administrativen Ebene (z. B. Kommune / Landkreis; Landkreis / Regierungsbezirk) war den Kommunen und Interessenvertretern gerade im Themengebiet der Nachhaltigkeit ein großes Anliegen (s. Kapitel „Umfrage“, S. 8, und „Alpengespräche“, S. 13). Kommunale Akteure im bayerischen Alpenraum sind also durchaus bereit, Kompetenzen abzugeben, wenn die entsprechenden Strukturen angeboten werden und adäquat funktionieren. Dies gilt in besonderem Maße für das Thema Mobilität. Aber auch touristische Themen haben hier Potenzial (z. B. gemeinsame Gästekarten).

Koordination und Kooperation, organisiert vor allem auf den nächsthöheren administrativen Ebenen oder durch institutionalisierte Netzwerke, sind der vielversprechendste Schlüssel, die eingangs genannten Potenziale (wieder) zu beleben.

Aus den Ergebnissen lassen sich für die bayerischen Alpengemeinden Handlungsoptionen in verschiedenen Bereichen für jedes der behandelten Themen ableiten:⁶

	Mobilität	Tourismus	Klimaschutz
Kooperation (politisch/geographisch)	landkreisübergreifende ÖPNV-Lösungen	großflächige Gästekarten	Virtuelle Kraftwerke
Kooperation (sektorenübergreifend)	intelligente Raumplanung u. -nutzung	Aufwertung des regionalen Handwerks	Schutz von Moor- und Feuchtflächen
Kümmerer	vielfältige und vernetzte Aufgabenfelder von Klimaschutzmanagern		
Vorbildfunktion	Umrüstung eigener Fahrzeugflotte / „Bürgermobil“	zielgruppenspezifischeres Marketing	Modernisierung kommunaler Liegenschaften

Einordnung der Ergebnisse

Allgemein sind in Fragen der nachhaltigen Gemeindeentwicklung auch im bayerischen Alpenraum die Blicke auf die Landes- bzw. Bundespolitik gerichtet. Diese setzen die Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung. Generell tun sie dies mit ihrer Nachhaltigkeits- und Klimapolitik. Zur Erreichung der internationalen Klimaschutzziele des Pariser Abkommens hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % gegenüber dem Wert von 1990 zu senken. Am prominentesten ist dabei der Klimaschutzplan 2050⁷. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen dazu beitragen. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative fördert der Bund insbesondere auch die Transformation in den Kommunen. Im bayerischen Alpenraum qualifizierten sich in diesem Rahmen Kempten und Sonthofen als sogenannte „Masterplan-Kommunen“. Der Klimaschutzplan stellt schließlich eine Prüfung der Höhergewichtung von Klimaschutz als einen integralen Bestandteil der kommunalen Aufgaben in Aussicht.⁸

Auch die Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen üben einen wichtigen Einfluss auf nachhaltige Kommunalentwicklung aus. Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen wurde 2016 eine grundlegende Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet.⁹ Ansätze, wie Kommunen die Nachhaltigkeitsziele in lokalen Beschlüssen verankern können, wurden unter anderem vom deutschen Städtetag erarbeitet. Dies wird jedoch aus Sicht der Kommunalvertretungen, die sich mehr Unterstützung in diesen Bereichen erhoffen, nicht ausreichen. Diese Lücke könnte durch die verstärkte Unterstützung von konkreten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien geschlossen werden. Aus den lokalen Agendaprozessen erwachsen, haben

⁶ Die hier dargestellten Themen beruhen auf Projektergebnissen und sind daher als exemplarisch zu betrachten.

⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf, abgerufen am 28.03.2018

⁸ ebd. S. 77: „Kommunaler Klimaschutz“

⁹ Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016 www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf;jsessionid=D8AE13B6F74BB36EC8BA7A3A100FCC01.s6t1?__blob=publicationFile&v=20, abgerufen am 28.03.2018

diese eine breite Basis im bayerischen Alpenraum und wurden bereits in größeren Kommunen umgesetzt. Eine Verschränkung mit den Themen des Klimaschutzes und der Nationalen Klimaschutzinitiative ist dabei besonders erfolversprechend, wie beispielsweise die Masterpläne in Kempten und Sonthofen aufzeigen.

Zur Alpenkonvention als internationalem Vertragswerk wurde auf Bundesebene keine entsprechende Umsetzungsstrategie erarbeitet. Dies könnte daran liegen, dass viele Protokolle und Artikel vermeintlich konkret genug sind, um – wie für einen völkerrechtlichen Vertrag üblich – direkte Gesetzeswirkung in den Vertragsländern zu entfalten und somit an sich schon eine solche Strategie beinhalten. Die Realität hat allerdings gezeigt, dass diese Wirkung vor allem in Deutschland noch zu wünschen übrig lässt. Um gleichzeitig als gesetzlicher Handlungsrahmen und als konkrete makroregionale Strategie auf mikroregionaler Ebene zu wirken, müssten die Protokolle zielgenauer formuliert sein. Dies zeigt das Projekt, auch wenn sein Ziel keine juristische Überprüfung sein konnte. Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention weiß um dieses Fehlen konkreter nationaler Agenden zur Umsetzung und versucht diese Lücke mit den sogenannten Alpenzustandsberichten und dem Mehrjährigen Arbeitsprogramm zu schließen. Letzteres setzt die Prioritäten für die Umsetzung der Alpenkonvention, zum einen für die Vertragsparteien, aber auch für die Zusammenarbeit mit den alpinen Verbänden und Netzwerken. Die Alpenzustandsberichte sollen dazu die Akteure einerseits über den Zustand der Alpen in jeweils einem bestimmten Teilbereich informieren. Andererseits enthalten sie oft auch für eine Strategie typische Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen. Auch der aktuelle Bericht zum Thema „Grünes Wirtschaften“¹⁰, an dessen Ausarbeitung die Bundesrepublik maßgeblich durch das Umweltbundesamt beteiligt war, zeigt einen attraktiven Handlungsrahmen für die bayerischen Alpengemeinden auf. Gefüllt mit endogenen Potenzialen und regionstypischen Inhalten (s. a. Kapitel „Handwerk als Handlungsoption Grünes Wirtschaftens“, S. 18), wird die Alpenkonvention vor Ort lebendig.

In der Gemengelage zwischen kommunaler Selbstverwaltung, landes- bzw. bundespolitischer Rahmenbedingen und internationalem Vertragswerk wirkt die Alpenkonvention zunächst vor allem in den Köpfen der lokalen Akteure, wo sie nicht selten als Ideensammlung und guter Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung interpretiert wird. Da eine juristische oder legislative Stärkung der Alpenkonvention für Deutschland nicht zu erwarten ist, ist es erstrebenswert, die sektoralen Umsetzungsstrategien des Ständigen Sekretariats besser unter den Akteuren zu verbreiten. So kann dieser Leitfaden für eine positive Zukunft in den Alpen implizit in das kommunale Regierungs- und Verwaltungshandeln einfließen sowie seine Verwirklichung in konkreten Projekten finden. Vor allem Letzteres profitiert enorm von einer umfassenden Einbindung der Zivilgesellschaft in Form von lokalen Initiativen und Vereinen sowie Bürgern.

¹⁰ Umweltbundesamt (UBA) (2018): *Grünes Wirtschaften im Alpenraum. Alpenzustandsbericht (AZB) 2016 unter deutscher Präsidentschaft der Alpenkonvention. TEXTE 10/2018.* www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-02-13_texte_10-2018_alpenzustandsbericht-2016_0.pdf, abgerufen am 28.03.2018

ALPENSCHUTZKOMMISSION

Wer wir sind, und was wir wollen

Die Alpenschutzkommission CIPRA Deutschland ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in München. Wir sind der deutsche Zweig der **Commission Internationale pour la PR**otection des **Al**pes, die in acht Alpenländern vertreten ist.

Zur CIPRA Deutschland haben sich die Bayerische Bergwacht, das Bergwaldprojekt, der Bund Naturschutz in Bayern, der Deutsche Alpenverein, die Gesellschaft für ökologische Forschung, der Landesbund für Vogelschutz, Mountain Wilderness Deutschland, NaturFreunde Deutschland, der Ökologische Jagdverband, der Verband Deutscher Ski- und Bergführer und der Verein zum Schutz der Bergwelt zusammengeschlossen. Alleiniger Zweck: die Kräfte dieser Organisationen zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung des deutschen Alpenraums zu bündeln. Wir vertreten 1,5 Millionen Einzelmitglieder.

Dazu initiiert, fördert und begleitet die CIPRA Deutschland einschlägige Projekte gemeinsam mit Partnern, die unsere Ziele teilen. Wir organisieren und unterstützen den Dialog mit Politik und Wirtschaft, Verwaltung und Institutionen sowie der Öffentlichkeit.

Wir positionieren uns zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen des Natur- und Klimaschutzes und zu den aktuellen Fragen der sozialen und ökonomischen Entwicklung in den Alpen. Wir verbreiten und vertreten diese Positionen gegenüber der Fach- und der breiten Öffentlichkeit sowie gegenüber Politik und Entscheidungsträgern.

Kritische Entwicklungen sehen wir als Anlass dafür, tätig zu werden, Position zu beziehen und diese zu vertreten.

Die Jugend unserer Mitgliedsorganisationen binden wir über das Junge Forum in unsere Arbeit ein. Hier wird jungen Menschen aus den Jugendorganisationen außerdem die Möglichkeit geboten, sich über die Verbandsgrenzen hinweg zu vernetzen.

Unser Motto heißt: **LEBEN IN DEN ALPEN**. Gemeint sind dabei sowohl die von uns Menschen immer mehr bedrängte und insbesondere durch den Klimawandel gefährdete Natur wie auch zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensformen des Menschen.

Wir kümmern uns derzeit vor allem um

- gute Beispiele und neue Lösungen für nachhaltiges Wirtschaften,
- den Schutz der Natur in den Alpen,
- Alpenpolitik vor dem Hintergrund großer Veränderungen (z. B. Klima, Demographie, Energie, Globalisierung).

Langzeitaufgabe: Die Alpenkonvention

Wichtigste Leistung der CIPRA ist die Initiierung und Umsetzung der Alpenkonvention, die 1991 von den Umweltministern aller Alpenstaaten und der Europäischen Union in Salzburg unterzeichnet wurde. Dieses internationale Alpenschutzabkommen, an dem Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, die Schweiz und Slowenien sowie die EU beteiligt sind, trat 1995 in Kraft. Bisher wurden zu acht Themenfeldern rechtlich verbindliche Zusatzprotokolle verabschiedet:

- Raumplanung und nachhaltige Entwicklung
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Berglandwirtschaft
- Bergwald
- Tourismus
- Energie
- Bodenschutz
- Verkehr

Die Durchführungsprotokolle sind von den meisten Staaten (inkl. Deutschland) unterzeichnet und ratifiziert.

CIPRA DEUTSCHLAND – DEMOKRATISCH, SCHLANK UND SCHLAGKRÄFTIG

Die Mitgliederversammlung kommt einmal im Jahr zusammen. Sie wählt den Vorstand, beschließt das Budget und erteilt in Form einer Jahresplanung Aufträge an den Vorstand.

Der Vorstand der Alpenschutzkommission CIPRA Deutschland besteht aus acht Personen und führt ehrenamtlich die Vereinsgeschäfte.

Unsere Geschäftsstelle ist von Montag bis Freitag von 9 – 17 Uhr besetzt.

Erreichbar sind wir des Weiteren vor allem über das Internet. Unter www.cipra.de finden Sie viele Informationen und werden zu zahlreichen Dokumenten geleitet. Dort können Sie sich auch für den Newsletter von CIPRA Deutschland eintragen. Ihre Anfragen beantworten wir umgehend, meist innerhalb eines Tages.

Neuigkeiten zur Entwicklung im Alpenraum finden Sie auch im Newsletter *alpMedia*, der von der CIPRA International herausgegeben wird. In Form von Pressemitteilungen geben wir unsere Positionen bekannt. Grundsätzliche und umfassendere Anliegen veröffentlichen wir in Broschüren und anderen Druckwerken.

Die Alpenschutzkommission CIPRA Deutschland ist eine von acht nationalen Vertretungen bei der CIPRA International. Auf diese Weise bündelt die CIPRA alpenweit über 100 Mitgliedsorganisationen. Die CIPRA International ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die Beobachterstatus bei der Alpenkonvention, insbesondere bei der Alpenkonferenz, innehat und so die Umsetzung der Alpenkonvention kritisch-konstruktiv begleitet.





CIPRA
LEBEN IN
DEN ALPEN

MITGLIEDSVERBÄNDE:



BERGWALD
PROJEKT



Gesellschaft für
ökologische
Forschung e.V.



LBV

